

SPD demokratischer Pressediens

P. XXVI, 171

8. September 1971

Reise ohne Sensation

Zum bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers
in der Sowjetunion

Seite 1 / 41 Zeilen

Schutz der älteren Arbeitnehmer

Ein dringendes sozialpolitisches Gebot

Von Werner Figgen SPD-MdL
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 2 und 3 / 84 Zeilen

Die aktuelle SPD-Pressediens-Dokumentation

(IV und Schluß)

Die außenpolitische Bilanz der Bundesrepublik
nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition

Seite 4 bis 6 / 112 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9163
Pressehaus J. Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 896 346/896 847/
896 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Reise ohne Sensation

Zum bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in der Sowjetunion

Die für den Frühherbst bevorstehende Reise des Bundeskanzlers in die Sowjetunion entbehrt jedes sensationellen Charakters. Nichts Geheimnisvolles liegt ihr zugrunde. Sie ist Ausdruck eines Normalisierungsprozesses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion, der mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970 begonnen hatte und das europäische Klima weitgehend veränderte. Die zwischen den Vier Mächten nach zähen Verhandlungen getroffene Berlin-Regelung, die noch der Ausfüllung beider deutscher Staaten bedarf, beseitigte ein gewichtiges Hindernis auf dem Wege zur weiteren Normalisierung. Der deutsch-sowjetische Vertrag hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Berlin-Regelung macht nun die Bahn frei für weitere Vorhaben im Sinne einer gesicherten europäischen Friedensordnung und eines Lebens der Völker ohne Furcht voreinander. Es gilt herauszufinden, wo sich Grundlagen gemeinsamer Interessen ergeben.

Manches, was bisher blockiert war, kann nun in Angriff genommen werden. Erweiterter Handels- und Kulturaustausch, ein Abkommen über die Luftfahrt und Verdichtung der wissenschaftlich-technologischen Beziehungen zwischen beiden Staaten bieten sich an. Die Veränderung des politischen Klimas, die Beseitigung des Mißtrauens und das Ende der Feindseligkeit rücken die Verwirklichung großer Projekte auf dem Gebiet wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Reichweite. Für den zusammengewachsenen westeuropäischen Markt öffnen sich Möglichkeiten, die für beide Seiten nutzbar gemacht werden können und nutzbar gemacht werden sollten.

Über allem steht die von Ost und West gleichermaßen anerkannte Notwendigkeit, einer gleichgewichtigen und gleichzeitigen Truppen- und Rüstungsminderung in Europa. Sie betrifft nicht allein die Supermächte Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika. Auch kleinere und mittlere europäische Staaten haben hier ihr Wort zu sagen. Eine gute und sorgfältige Vorbereitung der europäischen Sicherheitskonferenz, die alle vielschichtigen Aspekte dieses gewaltigen Themas zu berücksichtigen hat, gehört dazu. Sie wird viel Energie und nüchternheitsbezogene Phantasie beanspruchen, aber auch Geduld und Beharrlichkeit. So sieht man denn auch in der NATO der bevorstehenden Reise des Bundeskanzlers mit großem Interesse entgegen. Willy Brandt genießt das Vertrauen unserer westlichen Bündnispartner. Sie finden und sehen in ihm einen guten und verlässlichen Sachverwalter.
(ae/ex/8.9.1971/bgy)

+ + +

Schutz der älteren Arbeitnehmer

Ein dringendes sozialpolitisches Gebot.

Von Werner Figgen SPD-MdL

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Man muß sich bereits über die Begriffswahl wundern, wenn es beispielsweise heißt, der bundesdeutsche Arbeitsmarkt sei "leergefegt", so ist es noch erstaunlicher und ärgerlicher, daß damit salopp über ein Problem hinweggeredet wird, das unsere volle Aufmerksamkeit verdient: die Arbeitslosigkeit sogenannter älterer, schwer vermittelbarer Arbeitnehmer.

Die Öffentlichkeit hat, wenn man das einmal generalisierend sagen darf, von dieser Sorge in Form eines Scherzes Kenntnis genommen: "Gesucht wird junge, dynamische Führungskraft mit langjährigen Erfahrungen."

Zwar wechseln die Begriffsinhalte von "jung" und "älter", geblieben ist jedoch der gefährliche Trend, das Abdrängen der nicht mehr in die Rubrik "jung" passenden Erwerbstätigen aus dem Wettbewerbs- und Leistungsprozeß unserer Wirtschaft als unabänderlich anzusehen. Hier zeigt die Werbemasche des "Jugendlichkeitskultes" ihre verhängnisvolle Wirkung.

Dabei ist dieser "Jugendlichkeitskult" in der Wirtschaft grotesk. Die von mir in Auftrag gegebene Forschungsarbeit "Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser in die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens" kommt bei der Auswertung der arbeitsmedizinischen, psychologischen und soziologischen Literatur im Gegensatz zu der Meinung vieler Personalmanager zu dem Ergebnis, daß den Arbeitnehmern berufliche Leistungsfähigkeit und Lernfähigkeit die längste Zeit ihres Arbeitslebens erhalten bleibt. Bei einer möglichen Abnahme der Leistungs- und Lernfähigkeit gibt es zudem durchaus wirksame Hilfen und Methoden als Kompensation. Außerdem wirken Faktoren wie Schulbildung, Art der Berufstätigkeit, Gesundheitszustand und der Grad der Zufriedenheit der Berufs- und Lebensentwicklung stark modifizierend auf einen möglichen altersmäßigen Leistungsabbau.

Gerade die augenblickliche wirtschaftliche Entwicklung mit ihren Entspannungstendenzen darf nicht dazu verleiten, den Blick zu trüben für verdeckte Probleme und drohende Gefahren auf dem Arbeitsmarkt. Sicher und erfreulicherweise hat sich die Situation arbeitsloser älterer Arbeitnehmer zahlenmäßig entschärft. Ende September 1966, also zu Beginn der Rezession, waren zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen rund 12.000 Männer zwischen 55 und 65 Jahren arbeitslos. Mitte April 1967 stieg diese Zahl

auf rund 35.000. Ende März dieses Jahres - zu diesem Zeitpunkt fand die letzte Auszählung der Arbeitslosen nach Altersgruppen statt - waren es rund 10.000. Der Anteil älterer Arbeitsloser in Nordrhein-Westfalen liegt gegenwärtig also unter dem Stand von Ende September 1966.

Es wäre aber naiv, falsch und gefährlich, darüber in Jubel auszubrechen. Vielmehr spricht manches dafür, daß die kontinuierliche qualifizierte Beschäftigung älterer Arbeitnehmer auch künftig ein Hauptproblem der Arbeitsmarktpolitik bleiben wird. Deshalb müssen wir trotz vieler durch das Arbeitsförderungs-gesetz und vom Land Nordrhein-Westfalen zusätzlich geschaffener Möglichkeiten damit rechnen, daß uns diese Sorge noch eine Weile begleiten wird. So fehlt es beispielsweise im Bereich der beruflichen Anpassung und der Anpassung der Arbeitsplätze und -bedingungen an das Leistungsvermögen der älteren Arbeitnehmer noch weitgehend an Initiativen der Arbeitgeber sowie an entsprechenden Methoden und Verfahren.

Deshalb haben Bund, Land, die beiden Kirchen und der Unternehmensverband Ruhrbergbau die "Gesellschaft zur Verbesserung der Beschäftigtenstruktur" (GVB) gegründet, die kürzlich nach Essen und Dortmund in Gelsenkirchen ihren dritten Betrieb eröffnete. Mit diesen Betrieben streben wir folgende Ziele an:

Die Vermittlungsfähigkeit älterer und leistungsgeminderter Arbeitnehmer soll durch berufliche Anpassungsmaßnahmen und entsprechende Beschäftigung verbessert werden;
die betroffenen Arbeitnehmer sollen hier - wenn nötig - eine Dauerbeschäftigung erhalten;

wir wollen privaten und öffentlichen Arbeitgebern zeigen, daß ältere Arbeitnehmer durchaus noch - eventuell nach beruflichen Anpassungsmaßnahmen - produktiv im Betrieb eingesetzt werden können;

nicht zuletzt möchten wir einen Beitrag zur Linderung der Notsituation leisten, wie sie Arbeitslosigkeit immer mit sich bringt.

Die Landesregierung will mit der Errichtung von GVB-Betrieben (sie sind nicht den beschäftigungstherapeutischen Altenwerkstätten gleichzusetzen) einen konkreten Beitrag zur Lösung der Beschäftigungsprobleme älterer Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen leisten. Sie stellt deshalb weitere Haushaltsmittel für die Errichtung neuer Betriebe bereit.

So können die in Nordrhein-Westfalen eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherung älterer Arbeitnehmer die Initiativen der Bundesregierung wirksam ergänzen, von denen vor allem der Verbesserung der betrieblichen Personalplanung und der Einführung der flexiblen Altersgrenze besondere Bedeutung zukommt. (-/wr/8.9.1971/hgy)

Die aktuelle SPD-Pressedienst-Dokumentation IV und Schluß

Die außenpolitische Bilanz der Bundesrepublik nach
zwei Jahren SPD/FDP-Koalition

I.

Es ist gut, wenn es auch im Ausland konstatiert wird: "Tatsache ist, daß West-Deutschland ein genauso normaler moderner Staat Europas geworden ist wie jeder andere..." Und: "...seine Interessen sind genau dieselben wie die jedes anderen Industrielandes". (London TIMES am 30. Juni 1971). Die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik hatte am 28. September 1969 - mehr als 20 Jahre nach ihrer Gründung - ihre Fähigkeit zum Wandel bewiesen und damit ihre Probe bestanden. Das stellte Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung am 28.10.1969 fest. Er fuhr fort: "Dies ist auch außerhalb unserer Grenzen vermerkt worden und hat unserem Staat zu neuem Vertrauen in der Welt verholfen". Bittere Auslands-Kommentare, etwa in England, über die demokratisch geduldete 20jährige Alleinherrschaft einer bundesdeutschen Partei (der CDU/CSU) ließen erkennen, wie empfindlich ausländische Seismographen reagieren. Erstes Ergebnis schon 1969: die Bundesrepublik hat mit der Bildung der SPD/FDP-Koalition ihre demokratische Feuerprobe bestanden. Als Industrienation in Westeuropa längst integriert, ist sie nun auch für die großen Demokratien Europas ein normaler Staat unter gleichen geworden.

II.

Nur die Bereitschaft der westeuropäischen Partner und der USA, auf die innere Stärke der bundesdeutschen Demokratie zu bauen und eine selbstbewußtere Außenpolitik Willy Brandts und Walter Scheels wohlwollend zu stützen, hat den Freiheitsspielraum einer langfristig angelegten Politik produziert, von der aus die Bundesregierung versuchen konnte, die Verständigung mit dem Osten zu suchen. Zu diesem "ehrlichen Versuch der Verständigung" (Willy Brandt in der Regierungserklärung) kamen bald konkrete Schritte: vom 31.1.1970 - 22.5.1970 Verhandlungen Bahr/Gromyko in Moskau. Walter Scheel folgte vom 26.7.1970 bis zum 7.8.1970. Am 12. August 1970 konnten der Bundeskanzler und der Außenminister zusammen mit Kossygin und Gromyko den deutsch-sowjetischen Vertrag unterzeichnen. Prinzip: Gewaltverzicht/Zusammenarbeit. Zugleich gibt es den "Brief zur deutschen Einheit" und Noten an die drei Westmächte, um auf die Verantwortlichkeit der Vier Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und

Berlin hinzuweisen. Der deutsch-sowjetische Vertrag hat den Weg zu einem sinnvollen Dach-Abkommen zwischen den Vier über Berlin geebnet. Nach 20 Jahren mehr oder minder permanenter Berlin-Krisen gibt es eine Berlin-Vereinbarung zwischen den ehemaligen Siegermächten, die erstmalig eine rechtliche Regelung der Zugangswege West-Berlins sichern soll.

Eingebettet in die Hoffnung einer dauerhaften Entspannung um den Welt-Zankapfel Berlin könnten die ersten innerdeutschen Tastversuche nach 20 Jahren Stagnation beginnen. Auch das ist nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition klar: Nur das Dach einer deutsch-sowjetischen Versöhnung bietet den Schlüssel, "die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird" (Reg. Erkl.). Die Sensation der Treffen Brandt/Stoph am 19.3.1970 in Erfurt und am 21.5.1970 in Kassel bleiben geschichtliche Ereignisse, die den schmalen Grat der Eigeninitiative der deutschen Staaten aufzeigen, ohne "dach-vertraglichen Segen" der UdSSR vorab zu ersten Schritten gleichberechtigter Beziehungen auf der Basis des Gewaltverzichts zwischen DDR und BRD zu gelangen. Allein der nichtratifizierte Vertrag mit Moskau, allein die Botschafter-Gespräche um Berlin hatten den Spielraum innerdeutscher Kontakte in den letzten beiden Jahren mehr erweitert als die Politik in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die Treffen zwischen den Staatssekretären Bahr und Kohl um innerdeutsche Vereinbarungen zeigen (glücklicherweise): der deutsche Dialog ist 1971 normale Tagespolitik; und: die Deutschen stehen bereit, der Einigung der Vier Mächte zwischen-deutsche Abkommen rasch nachzuschließen, damit der Entspannungsbereitschaft konkrete Schritte folgen, die allen Deutschen nützen. - Aber auch um die anderen Staaten Osteuropas geht es der Bundesrepublik: der Vertrag mit Warschau ist bereits unterzeichnet - am 7.12.1970; die Verhandlungen mit der CSSR werden in diesen Wochen vorbereitet.

Innerdeutsche Entkrampfung, Versöhnung mit Osteuropa - das sind die Chancen dieses bundesdeutschen ehrlichen Versuchs. Diese Politik der Regierung Brandt/Scheel war von der Opposition Verdächtigungen und Mißtrauen ausgesetzt. Dazu sagt Richard Davy in der TIMES am 30.6.1971, die bundesdeutsche Opposition habe die Ostpolitik Brandt verdächtigt, den Osten gegen den Westen auszuspielen. Dieser Verdacht sei nicht gerechtfertigt: "Das Ziel (der Ostpolitik, d.Red.) ist nicht, die Bundesrepublik vom Westen zu lösen, sondern die Konfrontation zwischen den beiden Teilen Europas zu entkrampfen;

jene Konfrontation, die Deutschland teilt und die durch den Argwohn über die bundesdeutschen Absichten bisher nur verschlimmert wurde". Das ist es vor allem, was sich in diesen zwei Jahren nach Osten verbessert hat: wir sind auf dem Wege, auch im Osten als "Volk der guten Nachbarn" (Reg. Erkl.) akzeptiert zu werden.

III.

Bundeskanzler Willy Brandt hat am 1. - 2.12.1969 auf der Gipfelkonferenz in Den Haag seine EWG-Partner für die Beitrittsverhandlungen mit England, Norwegen, Dänemark und Irland gewonnen. Am 23.6.1971 kam es zur grundsätzlichen Einigung der Sechs mit Großbritannien in Luxemburg. Nun können die anderen Länder folgen. Europa ist nicht länger im Wartestand. Das grüne Licht wurde durch einen bundesdeutschen Partner mit angeknüpft, der - gerade wegen des besonderen Gewichts der französisch-deutschen Bindungen - Paris von seinen Bedenken gegen London lösen half. Wichtig ist ein zweites: die harte Arbeit in den europäischen Institutionen ging unverzüglich weiter; wenn auch über Stolperdrähte, etwa in den Währungsfragen.

IV.

Die außenpolitische Bilanz der Bundesrepublik nach diesen (bald) zwei Jahren: der energische Versuch, den Frieden auf zwei Beine zu stellen - unsere Freundschaft mit dem Westen, den Ausgleich mit dem Osten. Und enge Beziehungen zu den Partnern in der Dritten Welt.

Für diese Außenpolitik haben Willy Brandt und seine Regierung von 1969 - 1971 die Weichen gestellt. Es bedarf keiner Prophetie, um zu wissen, daß bis 1973 auf diesem Weg noch eine gute Strecke zurückgelegt sein kann. Immerhin: der Anfang ist getan. (an/wr/8.9.1971/ks)